

Haushaltswirksame Anträge:

1. Das auslaufende Fassadenprogramm möchten wir umwandeln in ein Programm zum Erhalt historischer Bauelemente an Fassaden bei energetischen Sanierungen (bei Einhaltung von KfW-Standards).
2. Gmünder Energiespar-Preis: Vorbildlich energetisch sanierte Gebäude sollen prämiert werden, in Verbindung mit guter Einbindung in die städtebauliche und historische Umgebung. Hierzu werden 10.000,-- € in den Haushalt eingestellt.
3. Um das Bebauen von Baulücken deutlich mehr zu fördern und attraktiver zu machen, soll der städtische Kinderbonus i.H.v 2.500 € nicht mehr auf den Kauf städtischer Bauplätze beschränkt bleiben, sondern auf registrierte Baulücken im Baulückenkataster erweitert werden. In Zukunft soll der Kinderbonus ab dem zweiten Kind gelten.
4. Der gesamte Fuhrpark der Stadt soll der Gmünder Umweltzone angepasst werden. Fahrzeuge die die Norm nicht erfüllen müssen ersetzt werden.
Begründung: Noch sind einige Fahrzeuge der Stadt nicht mit der grünen Plakette ausgestattet. Bürger und Firmen haben sich in den letzten Jahren der Gmünder Umweltzone angepasst und ihre Fahrzeuge angepasst oder gar erneuert. Das soll nun auch die Stadt schnellstens nachholen.

Nicht-haushaltswirksame Anträge:

1. Das Presseamt soll die Arbeit des Gemeinderates mehr in die Außendarstellung aufnehmen. Auch der Auftritt des Gemeinderats im Internet muss leichter zu finden sein und auch attraktiver erscheinen.
Wir beantragen, die Ratssitzungen ab 2016 live im Internet zu übertragen. Die Sitzungen sollten auch später noch abrufbar sein.
Darüber hinaus beantragen wir, dass mit Hilfe von Tablets die papierlose Ratssitzung ab 2016 ermöglicht wird.
Begründung: Es ist im Interesse einer demokratischen Stadtgesellschaft, dass das Hauptorgan der Stadt in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen wird. Die Liveübertragung und auch der spätere Abruf der Gemeinderatssitzungen ermöglicht den Bürgern, die Debatten aus erster Hand zu erfahren. Die papierlosen Sitzungen mit Tablets erleichtern die Ratsarbeit und spart viel Papier und Arbeitszeit ein.
2. Wir beantragen die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises. Zusammen mit Bürgern und der Verwaltung sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie die sinkende Wahlbeteiligung gestoppt oder gar gedreht werden kann.
Begründung: Nicht einmal 42% der Wahlberechtigten machten bei der Kommunalwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dies war die schlechteste

Wahlbeteiligung aller Zeiten. Auch die Anzahl der ungültigen Stimmzettel bewegten sich auf einem traurigen Rekordniveau: Ca. Eindrittel der Stimmen wurden nicht gezählt.

Damit das Gewicht des Gemeinderats als Hauptorgan der Stadt nicht weiter schwindet oder gar irgendwann die demokratische Legitimation abhandenkommt, muss sich der Gemeinderat mit den Ursachen auseinandersetzen und Lösungsvorschläge erarbeiten.

3. Es wird beantragt, ab 2016 einen Bezirksbeirat für die Kernstadt zu etablieren.
Begründung: 40% der Gmünder leben in der Kernstadt. Im Vergleich zu den Gmündern in den Stadtteilen existiert in der Kernstadt kein Ortschaftsrat und kein Ortsvorsteher. Nur die Stadtteile werden vor jeder Beratung im Gemeinderat mit einbezogen. Die daraus resultierenden Empfehlungen der Ortschaftsräte werden fast immer vom Gemeinderat übernommen. Für die Kernstadt ist ein solcher politischer Prozess nicht möglich. Wir sehen darin eine demokratische Schieflage zwischen den Stadtteilen und der Kernstadt, die zu beseitigen ist.

4. Wir beantragen eine Umbenennung folgender Straßen:

- a) Hindenburgplatz
- b) Franz-Konrad-Straße

Eine Hinweistafel soll auf diese ursprünglichen Namen, die Personen, den geschichtlichen Kontext, aber auch den heutigen Prozess der Erinnerungskultur und den Grund der Namensänderung erläutern.

Begründung: Gmünd hat eine vorbildliche Erinnerungskultur etabliert. Doch nun ist es an der Zeit auch die lang diskutierte Problematik der Straßennamen von Hindenburg und Franz Konrad zu Ende zu bringen.

Hindenburg hat nachweislich die Demokratieform abgelehnt und jahrelang ein nationalgesinntes autokratisch geführtes Regime angestrebt, was 1933 letztendlich zur Machtergreifung der Nationalsozialisten führte.

Franz Konrad war der von den Nationalsozialisten installierte Oberbürgermeister in Gmünd und Mitglied der SA-Standarte 121. Nach der neuesten Forschung galt Konrad als jemand, der sich den politischen Gegebenheiten anpasste und in diesem System seine persönliche Karriere voranbrachte. Auch in Anbetracht der Opfer des NS-Regimes auch in Gmünd, können solche Personen nicht für Straßennamen verwendet werden. Straßennamen sind auch immer ein Stück Ehrerweisung an die jeweilige Person.

5. Das Stadtviertel Hardt wird sich im Zuge von European 13 attraktiv weiterentwickeln. Doch die Oberbettringer Straße ist in diesem Viertel ein trennendes Element. Wir beantragen zur Attraktivitätssteigerung auf dem Hardt eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 40 km/h.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit dem Eigentümer eine Bürgerwerkstatt und/oder ein Plangutachten für die künftige Nutzung des zwischen der Wetzgauer und der Gartenbeetstraße in Großdeinbach gelegenen, ehemaligen Pferdehofs in die Wege zu leiten. Es ist zu prüfen, ob bis zum Vorliegen dieses Entwicklungskonzepts eine Veränderungssperre für diesen Bereich beschlossen werden soll bzw. kann.

Begründung: Gmünd 2020 richtet seinen Fokus bei der Wohnbauentwicklung u.a. auch auf die Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die Stärkung der Ortskerne ist hier ein wichtiger Baustein. Entwicklungskonzepte in den Stadtteilen sollen im Rahmen von Bürgerwerkstätten erarbeitet werden.

7. Im Zusammenhang mit der Fokussierung auf die Innenentwicklung vor Außenentwicklung beantragen wir weiterhin einen detaillierten Masterplan, um die vielen Baulücken in der Stadt und den Stadtteilen zu schließen und den Leerstand von Wohnungen und Häusern zu verringern.

Wir beantragen dazu auch eine konkrete Untersuchung des Umfangs und der Ursachen von Leerständen.

Begründung: Durch das intensive Bemühen, die innerörtlichen Baulücken zu schließen und die Wohn- und Hausleerstände zu verringern, können wir im Außenbereich unserer Stadt und den Stadtteilen Flächen sparen. Diese bleiben dann für die Freizeitgestaltung, den Tourismus, die Landwirtschaft und den Naturschutz erhalten. Gleichzeitig können Ressourcen eingespart werden, weil Baulücken und Hausleerstände an bereits bestehenden Infrastrukturen angeschlossen sind.

8. Wir beantragen im Rahmen der versprochenen Verkehrskonzeption ein explizites Fuß- und Radverkehrskonzept mit einem verbindlichen Umsetzungspfad.

Begründung: Die Stadt kämpft weiterhin gegen staugeplagte Verkehrsachsen um die Innenstadt herum, die Altstadt ist weiterhin einem enormen Parkdruck ausgesetzt und viele Anwohner von Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen fordern zu Recht Entlastung von Lärm und Luftschadstoffen. Abhilfe schaffen nur deutliche Anstrengungen, die Mobilität zugunsten von Fußgängern und Radfahrern zu verändern. Trotz Einzelmaßnahmen der letzten Jahre hat sich im Gesamtkonzert nichts verändert. Ein explizites Fuß- und Radverkehrskonzept mit verbindlichem Umsetzungspfad soll Abhilfe verschaffen.

9. Weiterhin beantragen wir die zügige Einführung von Fahrradschutzstreifen vor allen Ampeln.

- a) Bei allen neuen Planungen sind diese Schutzstreifen einzuplanen.
- b) Zug um Zug ist der Schutzstreifen vor Ampeln bei bestehenden Kreuzungen nachzurüsten.

- c) Es ist zu überprüfen, ob diese Schutzstreifen kostengünstiger zwischen der bestehenden Haltelinie der Autos und den Fußgängerübergängen eingerichtet werden können.
- d) Wir fordern einen Zeitplan für die Umsetzung.

Begründung: Ein erster Fahrradschutzstreifen wurde im vergangenen Jahr in der Uferstraße angelegt. Weitere sind nicht erfolgt. Laut Straßenverkehrsordnung dürfte der Radfahrer vorne an der Ampel auf Grün warten. Doch in der Realität muss sich der Radfahrer weiterhin hinten in der Schlange der wartenden Autos, den Abgasen ausgesetzt, anstellen. Fahrradschutzstreifen sind ein Baustein einer attraktiven Fahrradstadt.

10. Mit dem Auslaufen des Fernheizwerks auf dem Hardt soll ein zukunftsweisendes Energie- und Wärmekonzept vor Ort entwickelt werden.

Begründung: Mit dem Auslaufen des Fernheizwerks auf dem Hardt ergibt sich eine Innovationschance. Welches Energie- und Wärmekonzept hat Zukunft? Wie kann ein ganzes Viertel klimaschonend und energiesparend heizen? Wir denken dabei an ein Blockheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung oder an eine Brennstoffzelle. Die Stadt hat über ihre Beteiligungen an den Stadtwerken und der VGW die Karten in der Hand.

11. Wir beantragen einen Beschluss des Gemeinderates, den Bürgerpark in Wetzgau auf Grundlage der von der Gartenschau GmbH vorgelegten Pläne zu entwickeln und zu betreiben. Andere Elemente und substantielle Änderungen bedürfen in Zukunft einer Beratung und eines Beschlusses durch Ortschaftsrat und Gemeinderat.

Für die Vergabe städtischer Grundstücke an Dritte zur Nutzung (Weleda, Golfanlage usw.) sollen die ökologischen Qualitäten (Streuobstwiese, Grad der Versiegelung, Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahmen z.B. wegen Kunstrasen und Parkplätze) in einem Nutzungsvertrag detailliert rechtlich verpflichtend festgeschrieben werden und vom Ortschaftsrat und Gemeinderat vor Unterzeichnung beraten und genehmigt werden.

Begründung: Damit soll der Einfluss der Bürgerschaft über ihre gewählten Vertreter auf die Ausgestaltung des Bürgerparks erhalten bleiben. Eine unkontrollierte Weiterentwicklung zu einem Freizeitpark, wie von manchen befürchtet, wäre damit nicht möglich.